

die *Hamas*. Diese wird gezwungenermaßen Mitspieler jeder zukünftigen Sicherheitsarchitektur und politischen Übereinkunft sein. Je länger wir den Dialog mit der *Hamas* unterlassen, desto länger verzögern wir jede Erfolgchance für einen wirklichen Fortschritt.

Dies allerdings erfordert eine grundsätzliche Haltung gegenseitiger Verpflichtung und Zugehörigkeit, welche weit über den Israel-Palästina-Konflikt hinausgeht, diesen aber stark beeinflusst und auschlaggebend sein wird für eine erfolgreiche und realistische Politik in der Region.

Die Politik gegenüber Syrien, Iran und anderen islamischen, nicht Al Qaida-freundlichen Politikern, insbesondere der Muslimbrüder, erfordert ein Umdenken

und eine Anpassung in ähnlichem Sinne.

Diese Handlungen beeinflussen maßgeblich den Zusammenhang und das Umfeld, in welchem der israelisch-palästinensische Friedensprozess stattfindet und in welchem *Hamas* und andere ihre Entscheidungen abstimmen. Ohne Fortschritte auf dieser Linie wird eine dauerhafte israelisch-palästinensische Lösung schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein. Schlussendlich muss Europa gemeinsam mit den USA die Gestaltung einer umfangreichen, regionalen Sicherheitsarchitektur planen. Doch wenig überraschend setzt auch dieses Ziel eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts voraus.

(Aus dem Englischen von der Übersetzer-gemeinschaft Sternheimer.)

Gespräch mit Frank-Walter Steinmeier

Was kann Europa tun?

NG/FH: Der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland, Avi Primor, vertritt in einem Beitrag zum 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels die Auffassung, die einzig mögliche Lösung des Nahostkonflikts läge mit der Genfer Initiative von 2003 seit langem auf dem Tisch. Aber allein eine von der Europäischen Union gegebene Garantie könne den Friedensprozess im Nahen Osten voranbringen. Kann Europa eine solche Rolle spielen? Wie ist die deutsche Position?

Frank-Walter Steinmeier: Keiner von uns kann Frieden im Nahen Osten garantieren oder gar diktieren – weder Europäer noch Amerikaner. Wir können die Konfliktparteien nur immer wieder in ihren Bemühungen unterstützen, um Fortschritte zu werben, die Gespräche voranbringen. Den Mut und den politischen Willen zur Einigung müssen Israelis und Palästinenser selbst aufbringen.

Es wird immer darauf hingewiesen, wie weit die Friedensverhandlungen der Vergangenheit in den verschiedenen Endstatusfragen bereits gekommen waren –

Grenzen, Jerusalem, Wasser, Flüchtlinge. Das stimmt, und natürlich sind das nützliche Grundlagen für die jetzigen Gespräche. Einen Text oder ein Abkommen, auf das sich beide Seiten zur Beilegung des Konflikts hätten einigen können, gibt es bisher aber eben nicht. Die Genfer Initiative war wichtig, aber sie war getragen von einzelnen zivilgesellschaftlichen Akteuren, nicht von den Regierungen.

NG/FH: Das Nahost-Quartett hat sich als wenig wirkungsvoll beim Voranbringen des Friedenprozesses im Nahen Osten erwiesen. Ist es überholt? Was sollte gegebenenfalls an seine Stelle treten? Kann und muss die Bundesrepublik innerhalb und außerhalb des Rahmens der Europäischen Union eine größere Rolle spielen?

Steinmeier: Das Nahost-Quartett ist ganz und gar nicht überholt! Es ist und bleibt das entscheidende Gremium, um die internationalen Bemühungen für Frieden im Nahen Osten zu bündeln und aufeinander abzustimmen. Ein Wirrwarr aus Einzelaktionen ist das letzte was wir brauchen. Daher haben wir uns ja auch so sehr dafür eingesetzt, das Quartett aus seinem Dornröschenschlaf zu befreien und wieder zu einem funktionierenden Format zu machen. Das ist gelungen und wir haben über das Quartett auch Amerika wieder zu mehr Engagement im Nahen Osten bewegen können. Ohne diese Vorarbeit wäre Annapolis nicht denkbar gewesen!

Und noch einmal: Deutschland und die EU können weder den Gesprächswillen der Konfliktparteien ersetzen, noch die Vermittler-Rolle der Vereinigten Staaten ein-

nehmen. Das ist etwas, worin sich selbst Israelis und Palästinenser einig sind! Unsere Aufgabe ist es, die Parteien nach Kräften zu unterstützen. Politisch, indem wir Fortschritte anmahnen und vor einseitigen Schritten warnen, die die Gespräche gefährden könnten. Aber auch durch ganz konkrete Hilfe – beispielsweise bei der Förderung der palästinensischen Wirtschaft oder dem Aufbau staatlicher Strukturen.

NG/FH: Es entspricht den Traditionen sozialdemokratischer Friedenspolitik, auch entschiedene Gegner in Friedensgespräche einzubeziehen, wenn dies Erfolg in der Sache verspricht. Ist es sinnvoll, diesen Grundsatz im Nahen Osten auch auf die *Hamas* zu beziehen, die wegen ihrer Übermacht im Gazastreifen einen der Schlüssel zur Lösung des Problems in der Hand hält?

Steinmeier: Ich bin der festen Überzeugung, dass man jede Chance nutzen muss, die es auf Einbindung auch schwieriger Akteure in eine Konfliktlösung gibt. Das ist in der Tat etwas, das sozialdemokratische Außenpolitik in der Tradition Willy Brandts auszeichnet. Und genau aus dieser Überzeugung heraus trete ich so entschieden dafür ein, immer wieder Anknüpfungspunkte mit Syrien zu suchen oder auf einer diplomatischen Lösung des Atomkonflikts mit dem Iran zu beharren.

Und natürlich ist es auch im Fall der *Hamas* erlaubt, die Frage zu stellen, ob es Möglichkeiten gibt, diese Organisation zu einer Änderung ihres Verhaltens zu bewegen. Der Unterschied ist aber: Während Damaskus immer wieder betont, dass es zu einem Friedensschluss mit Israel bereit ist – sofern die eigenen Interessen gewahrt werden – ist die *Hamas* derzeit nicht einmal bereit, die Existenz Israels anzuerkennen.

Gespräche um der Gespräche willen nutzen niemandem. Und wir sollten den ohnehin kleinen Spielraum für Gespräche zwischen Israel und den Palästinensern nicht künstlich weiter einengen. Präsident

Abbas hat klare Erwartungen an innerpalästinensische Gespräche mit der *Hamas* geknüpft, und ich glaube, das sollten wir respektieren!

NG/FH: Welchen Beitrag zum Friedensprozess im Nahen Osten hat die Konferenz Ende Juni in Berlin geleistet?

Steinmeier: Hinter uns liegen Monate sehr intensiver Vorbereitung mit Premierminister Fayyad und seiner Regierung. In zahlreichen Konsultationen haben wir bei unseren internationalen Partnern um Unterstützung für unseren Ansatz und für konkrete Beiträge geworben. Die letzten Abstimmungsgespräche habe ich selbst Anfang Juni in Israel und den palästinensischen Gebieten geführt.

Wir haben mit der Berliner Konferenz zum Aufbau einer demokratischen Polizei und Justiz in Palästina beigetragen. Dazu gehört eine Verstärkung des bestehenden europäischen Engagements, die Vergrößerung der bereits im Westjordanland tätigen Polizeiberatermission der EU und ihrer Ausweitung auf den Justizsektor. Wir haben ein konkretes Maßnahmenpaket für Polizei und Justiz in Palästina geschnürt und die nötige Finanzierung bereit gestellt.

Allen ist klar: Sicherheit ist ein Schlüsselfaktor für Fortschritte im Friedensprozess. Der künftige palästinensische Staat braucht eine effiziente Polizei und eine Justiz, die rechtsstaatlichen Kriterien verpflichtet ist. Und wir können es uns nicht leisten, auf einen Friedensvertrag zu warten, bevor wir diese Institutionen schaffen. Die Menschen in den palästinensischen Gebieten brauchen jetzt Sicherheit auf den Straßen. Und am Ende bedeuten mehr Sicherheit in den palästinensischen Städten und verlässliche palästinensische Sicherheitskräfte auch mehr Sicherheit für Israel. Auf diesem Weg hat uns die Berliner Konferenz einen Schritt vorangebracht.

(Die Fragen stellte Thomas Meyer.)